

## Nachtrag zum Staatsverwaltungsgesetz (Personalrecht)

Von diesem Geschäft tangierte Erlasse (GDB Nummern)

Neu: –

Geändert: **130.1** | 141.11 | 410.12

Aufgehoben: –

Geltendes Recht	Vernehmlassungsvorlage des Regierungsrats vom 27. Februar 2024	Notizen
	Staatsverwaltungsgesetz (StVG)	
	<i>Der Kantonsrat des Kantons Obwalden beschliesst:</i>	
	<b>I.</b>	
	<b>Der Erlass GDB <u>130.1</u> (Staatsverwaltungsgesetz [StVG] vom 8. Juni 1997) (Stand 1. März 2023) wird wie folgt geändert:</b>	
<p><b>Art. 46</b> Probezeit</p> <p><sup>1</sup> Die ersten drei Monate gelten als Probezeit.</p> <p><sup>2</sup> Die Probezeit kann vertraglich bis auf längstens sechs Monate festgesetzt oder verlängert werden.</p>	<p><sup>3</sup> Die Vertragsparteien können im gegenseitigen Einvernehmen auf die Probezeit verzichten oder eine kürzere Probezeit vereinbaren.</p>	
<p><b>Art. 50</b> Erreichen der Altersgrenze oder dauernde Arbeitsunfähigkeit</p> <p><sup>1</sup> Das Dienstverhältnis endet mit dem Ende des Monats, in welchem die AHV-Altersgrenze erreicht wird.</p>		

Geltendes Recht	Vernehmlassungsvorlage des Regierungsrats vom 27. Februar 2024	Notizen
<p><sup>2</sup> Das Dienstverhältnis kann in begründeten Fällen bis zwei Jahre über die AHV-Altersgrenze hinaus fortgesetzt werden, sofern dies im Interesse des Kantons liegt.</p> <p><sup>3</sup> Bei dauernder voller Arbeitsunfähigkeit endet das Dienstverhältnis mit dem Anspruch auf eine volle Invalidenrente.</p>	<p><sup>2</sup> <del>Das Dienstverhältnis kann in In</del> begründeten Fällen bis zwei Jahre über die AHV-Altersgrenze hinaus fortgesetzt werden, <u>und sofern dieses im Interesse des Kantons liegt, können Dienstverhältnisse auch für die Zeit nach Erreichen der AHV-Altersgrenze fortgesetzt oder eingegangen werden, jedoch längstens bis zur Vollendung des 70. Altersjahrs. Die Lohnfortzahlung bei Arbeitsverhinderung wegen Arbeitsunfähigkeit dauert in diesen Fällen maximal 180 Tage.</u></p>	
<p><b>Art. 54</b> Wohnsitz</p> <p><sup>1</sup> Angestellte haben im Kanton Wohnsitz zu nehmen. Sie können durch die Anstellungsbehörde von der Wohnsitzpflicht befreit werden, es sei denn, die Art des Dienstes oder besondere Beziehungen der Angestellten zur Bevölkerung erfordere die Wohnsitznahme im Kanton.</p> <p><sup>2</sup> Erfordern es die dienstlichen Bedürfnisse, so kann der Ort der Wohnsitznahme vorgeschrieben oder eine Dienstwohnung zugewiesen werden.</p>	<p><sup>1</sup> <del>Angestellte haben im Kanton Wohnsitz zu nehmen. Sie können durch</del> Wenn das Arbeitsverhältnis oder die Anstellungsbehörde von der Wohnsitzpflicht befreit werden, <u>es sei denn, die Art des Dienstes oder besondere Beziehungen der Angestellten zur Bevölkerung erfordere es erfordern, kann die Wohnsitznahme im Kanton Anstellungsbehörde den Wohnsitz an einem bestimmten Ort oder in einem bestimmten Gebiet verlangen oder eine Dienstwohnung zuweisen.</u></p> <p><sup>2</sup> <i>Aufgehoben</i></p>	
<p><b>Art. 61</b> b. Angestellte</p> <p><sup>1</sup> Werden Angestellte ohne persönliches Verschulden entlassen, so besteht Anspruch auf eine Abgangsschädigung, sofern das 50. Altersjahr und 20 Dienstjahre erfüllt sind. Die Abgangsschädigung kann auch ohne Bezug auf Alter und Dienstjahre gewährt werden, wenn eine Stelle aufgehoben werden muss und dies für die Angestellten eine besondere Härte bedeutet.</p>		

Geltendes Recht	Vernehmlassungsvorlage des Regierungsrats vom 27. Februar 2024	Notizen
<p><sup>2</sup> Die Abgangsentschädigung wird vom Regierungsrat festgelegt und beträgt je nach geleisteten Amtsjahren höchstens sechs Monatslöhne. Der Kantonsrat regelt die Abstufung durch Verordnung.</p> <p><sup>3</sup> Ein Anspruch auf die Abgangsentschädigung entfällt in dem Umfang, als ein Anspruch auf Entschädigung aus ungerechtfertigter Beendigung des Dienstverhältnisses oder aus beruflicher Vorsorge besteht, oder wenn das Dienstverhältnis einvernehmlich aufgelöst wird.</p>	<p><del><sup>3</sup> Ein Anspruch auf die Abgangsentschädigung entfällt in dem Umfang, als ein Anspruch auf Entschädigung aus ungerechtfertigter Beendigung des Dienstverhältnisses oder aus beruflicher Vorsorge besteht, oder wenn das Dienstverhältnis einvernehmlich aufgelöst wird.;</del></p> <p>a. in dem Umfang, als ein Anspruch auf Entschädigung aus ungerechtfertigter Beendigung des Dienstverhältnisses oder aus beruflicher Vorsorge besteht;</p> <p>b. wenn das Dienstverhältnis einvernehmlich aufgelöst wird;</p> <p>c. infolge Arbeitsunfähigkeit;</p> <p>d. bei Tod;</p> <p>e. bei Beendigung eines befristeten Dienstverhältnisses.</p>	
	<b>II.</b>	
	<p><b>1.</b>  <b>Der Erlass GDB 141.11 (Personalverordnung [PV] vom 29. Januar 1998) (Stand 1. August 2021) wird wie folgt geändert:</b></p>	
<p><b>Art. 17</b>  Form und Abstufung</p> <p><sup>1</sup> Die Abgangsentschädigung besteht aus dem Grundlohn pro Monat und den Sozialzulagen.</p>		

Geltendes Recht	Vernehmlassungsvorlage des Regierungsrats vom 27. Februar 2024	Notizen
<p><sup>2</sup> Wird die Stelle aufgehoben und besteht für die Angestellten eine besondere Härte, so erhalten Angestellte nach acht Dienstjahren einen Monatslohn. Ihr Anspruch erhöht sich um einen Monatslohn für je drei weitere Dienstjahre bis zum Maximum von fünf Monatslöhnen bei 20 Dienstjahren.</p>	<p><sup>2</sup> Wird <del>die Stelle aufgehoben und besteht für die Angestellten eine besondere Härte</del> <u>Abgangsschädigung ausgerichtet</u>, so erhalten Angestellte <del>sie</del> nach <del>acht</del><u>fünf</u> Dienstjahren einen Monatslohn. Ihr Anspruch erhöht sich um einen Monatslohn für je drei weitere, <u>vollendete</u> Dienstjahre bis zum Maximum von <del>fünf</del><u>sechs</u> Monatslöhnen bei 20 <u>vollendeten</u> Dienstjahren.</p> <p><sup>3</sup> Die Abgangsschädigung für Behördenmitglieder gemäss Art. 60 des Staatsverwaltungsgesetzes beträgt bis zum vierten Amtsjahr vier Monatslöhne, bis zum achten Amtsjahr fünf Monatslöhne und ab dem neunten Amtsjahr sechs Monatslöhne.</p>	
<p><b>Art. 18</b> Ferien</p> <p><sup>1</sup> Der Ferienanspruch pro Kalenderjahr beträgt:</p> <p>a. bis und mit dem Kalenderjahr, in dem das 20. Lebensjahr erfüllt wird, 25 Arbeitstage;</p> <p>b. ab dem Kalenderjahr, in dem das 21. Lebensjahr erfüllt wird, 20 Arbeitstage;</p> <p>c. ab dem Kalenderjahr, in dem das 50. Lebensjahr erfüllt wird, 25 Arbeitstage;</p> <p>d. ab dem Kalenderjahr, in dem das 60. Lebensjahr erfüllt wird, 30 Arbeitstage.</p> <p><sup>2</sup> Bei der Bewilligung der Ferienpläne durch die Vorgesetzten sind neben den dienstlichen Bedürfnissen die persönlichen Wünsche angemessen zu berücksichtigen.</p> <p><sup>3</sup> Die Ferien dienen der Erholung. Sie sind in der Regel in ganzen Wochen zu beziehen.</p>	<p>a. bis und mit dem Kalenderjahr, in dem das 20. Lebensjahr erfüllt wird, <del>25</del><u>30</u> Arbeitstage;</p> <p>b. ab dem Kalenderjahr, in dem das 21. Lebensjahr erfüllt wird, <del>20</del><u>25</u> Arbeitstage;</p> <p>c. ab dem Kalenderjahr, in dem das 50. Lebensjahr erfüllt wird, <del>25</del><u>30</u> Arbeitstage;</p> <p>d. ab dem Kalenderjahr, in dem das 60. Lebensjahr erfüllt wird, <del>30</del><u>33</u> Arbeitstage.</p>	

Geltendes Recht	Vernehmlassungsvorlage des Regierungsrats vom 27. Februar 2024	Notizen
<p><sup>4</sup> Ferienansprüche können nur mit Einwilligung der Vorgesetzten ins folgende Jahr verschoben werden.</p>	<p><del><sup>4</sup> Ferienansprüche</del> Die Angestellten müssen ihre Ferien im laufenden Kalenderjahr beziehen. Ist dies aus dienstlichen Gründen nicht möglich, können <del>nur mit Einwilligung</del> höchstens fünf Ferientage auf das nächste Kalenderjahr übertragen werden. Die Departementsvorsteherin oder der Vorgesetzten ins folgende Jahr verschoben werden. <del>Departementsvorsteher</del> kann die Übertragung von mehr als fünf Ferientagen von einem Kalenderjahr auf das nächstfolgende Kalenderjahr aus wichtigen Gründen bewilligen.</p>	
<p><b>Art. 27</b> Treueprämien</p> <p><sup>1</sup> Nach zehn Dienstjahren und anschliessend nach je weiteren fünf Dienstjahren erhalten die Angestellten eine Treueprämie von 1 500 Franken oder eine Woche bezahlten Urlaub.</p> <p><sup>2</sup> Lehrpersonen wird die Treueprämie ausbezahlt.</p>	<p><sup>1</sup> Nach zehn Dienstjahren und <del>anschliessend</del> jeweils nach <del>je fünf</del> weiteren <del>fünf</del> Dienstjahren erhalten die Angestellten eine Treueprämie von 1 500 Franken oder <del>wird bis zum Erreichen der AHV-Altersgrenze eine Woche bezahlten Urlaub</del> Treueprämie ausgerichtet.</p> <p><sup>1a</sup> Die Treueprämie besteht aus einem Viertel des Monatslohns oder fünf bezahlten Urlaubstagen. Nach 20, 30 und 40 Dienstjahren besteht die Treueprämie aus der Hälfte des Monatslohns oder zehn bezahlten Urlaubstagen.</p> <p><sup>1b</sup> Die Anstellungsbehörde kann die Treueprämie Angestellten, deren Leistungen oder Verhalten nur teilweise genügen, ganz oder teilweise verweigern.</p> <p><sup>1c</sup> Der bezahlte Urlaub ist ab Fälligkeit innerhalb von fünf Jahren zu beziehen.</p> <p><sup>2</sup> Lehrpersonen wird die Treueprämie ausbezahlt <del>oder sie können die Treueprämie während der unterrichtsfreien Zeit in der Form von zusätzlichen bezahlten Urlaubstagen beziehen.</del></p>	

Geltendes Recht	Vernehmlassungsvorlage des Regierungsrats vom 27. Februar 2024	Notizen
<p><sup>3</sup> Wurde das Dienstverhältnis unterbrochen, so werden die Dienstjahre vor dem Unterbruch mitgezählt. Unbezahlter Urlaub von mehr als einem Monat gilt nicht als Dienstzeit.</p> <p><sup>4</sup> Treueprämien werden aufgrund des durchschnittlichen Pensums der letzten fünf Jahre berechnet.</p>	<p><del><sup>3</sup> Wurde das Dienstverhältnis unterbrochen, so werden Für die Berechnung der Anzahl Dienstjahre zählen, unabhängig vom Beschäftigungsgrad, die Dienstjahre vor dem Unterbruch mitgezählt ununterbrochenen Arbeitsverhältnisse mit Ausnahme der Lehrverhältnisse und Praktika. Unbezahlter Urlaub von mehr als einem Monat gilt nicht als Dienstzeit.</del></p>	
<p><b>Art. 33</b> Sozialzulagen</p> <p><sup>1</sup> Kinderzulagen werden aufgrund der gesetzlichen Grundlagen ausgerichtet<sup>1)</sup>. Verwenden Angestellte die Kinderzulagen nicht für den Unterhalt des Kindes, so kann die für die Anstellung zuständige Stelle nach Absprache mit dem Personalamt die Zulage unmittelbar dem Kind, der Obhutsperson oder einer Behörde ausrichten.</p> <p><sup>2</sup> Besteht Anspruch auf volle oder anteilmässige Kinderzulagen, so wird ergänzend im Verhältnis zur Höhe der Kinderzulagen eine Familienzulage von Fr. 1 200.– je Kind pro Jahr ausbezahlt. Der Regierungsrat kann die Familienzulage der Teuerung anpassen. Können für dasselbe Kind aufgrund weiterer gesetzlicher Bestimmungen oder aufgrund vertraglicher Vereinbarung Leistungen im Sinne dieser Familienzulage von Dritten bezogen werden, so ist die Familienzulage um den betreffenden Betrag zu kürzen.</p>	<p><del><sup>1</sup> Kinderzulagen Kinder- oder Ausbildungszulagen werden aufgrund der gesetzlichen Grundlagen ausgerichtet<sup>2)</sup>. Verwenden Angestellte die Kinderzulagen nicht für den Unterhalt des Kindes, so kann die für die Anstellung zuständige Stelle nach Absprache mit dem Personalamt die Zulage unmittelbar dem Kind, der Obhutsperson oder einer Behörde ausrichten.</del></p> <p><del><sup>2</sup> Besteht Anspruch auf volle eine Kinder- oder anteilmässige Kinderzulagen Ausbildungszulage, so wird ergänzend im Verhältnis zur Höhe der Kinderzulagen eine besondere Familienzulage von Fr. 1 200.– je Kind pro Jahr ausbezahlt. Der Regierungsrat kann die Anspruch auf eine besondere Familienzulage der Teuerung anpassen. Können besteht auch für dasselbe Kind aufgrund weiterer gesetzlicher Bestimmungen Angestellte, deren Anspruch auf Kinder- oder aufgrund vertraglicher Vereinbarung Leistungen im Sinne dieser Familienzulage von Dritten bezogen werden, so ist Ausbildungszulagen wegen einer Anspruchskonkurrenz nicht zum Zug kommt. Der Regierungsrat kann die besondere Familienzulage um den betreffenden Betrag zu kürzender Teuerung anpassen.</del></p>	

<sup>1)</sup> GDB 857.1

<sup>2)</sup> GDB 857.1

Geltendes Recht	Vernehmlassungsvorlage des Regierungsrats vom 27. Februar 2024	Notizen
<p><sup>3</sup> Der Anspruch auf Sozialzulagen oder dessen Wegfall ist dem Personalamt mitzuteilen. Unberechtigterweise bezogene Sozialzulagen müssen zurückbezahlt werden.</p>		
<p><b>Art. 34</b> Mutterschaftsurlaub</p> <p><sup>1</sup> Die Angestellte hat vom Tag der Niederkunft an Anspruch auf einen Mutterschaftsurlaub von 16 Wochen.</p> <p><sup>2</sup> Dauerte das Arbeitsverhältnis vor dem Antritt des Urlaubs mindestens zwei Jahre, so hat die Angestellte während des gesamten Mutterschaftsurlaubs Anspruch auf 100 Prozent des Grundlohns. Andernfalls besteht Anspruch auf die Mutterschaftsentschädigung gemäss dem Bundesgesetz über den Erwerbsersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (Erwerbsersatzgesetz)<sup>3)</sup>.</p> <p><sup>3</sup> Die durch die Ausgleichskasse zu entrichtenden Erwerbsausfallentschädigungen fallen an den Arbeitgeber.</p> <p><sup>4</sup> Der Mutterschaftsurlaub hat keine Kürzung des Ferienanspruchs zur Folge. Krankheits-, Unfall- und Feiertage, die in die Zeit des Mutterschaftsurlaubs fallen, können nicht nachbezogen werden. Dies gilt auch für die Schulferien der Lehrerinnen, sofern neben dem Mutterschaftsurlaub mindestens vier Wochen Ferien pro Kalenderjahr bezogen werden können.</p>	<p><del><sup>2</sup> Dauerte das Arbeitsverhältnis vor dem Antritt des Urlaubs mindestens zwei Jahre, so Die Angestellte hat die Angestellte während des gesamten Mutterschaftsurlaubs Anspruch auf 100 Prozent des Grundlohns. Andernfalls besteht Anspruch auf die Mutterschaftsentschädigung gemäss dem Bundesgesetz über den Erwerbsersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (Erwerbsersatzgesetz).</del></p>	
<p><b>Art. 34a</b> Vaterschaftsurlaub</p> <p><sup>1</sup> Der Angestellte hat vom Tag der Geburt des Kindes an Anspruch auf einen Vaterschaftsurlaub von zwei Wochen.</p>		

<sup>3)</sup> SR 834.1

Geltendes Recht	Vernehmlassungsvorlage des Regierungsrats vom 27. Februar 2024	Notizen
<p><sup>2</sup> Dauert das Arbeitsverhältnis vor der Geburt des Kindes mindestens zwei Jahre, so hat der Angestellte während des gesamten Vaterschaftsurlaubs Anspruch auf 100 Prozent des Grundlohns. Andernfalls besteht Anspruch auf die Vaterschaftsentschädigung gemäss dem Bundesgesetz über den Erwerbsersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (Erwerbsersatzgesetz) <sup>4</sup>.</p> <p><sup>3</sup> Die durch die Ausgleichskasse zu entrichtenden Erwerbsausfallentschädigungen fallen an den Arbeitgeber.</p> <p><sup>4</sup> Die Anspruchsvoraussetzungen, die Rahmenfrist sowie der Beginn und das Ende des Anspruchs richten sich nach dem Erwerbsersatzgesetz.</p>	<p><del><sup>2</sup> Dauert das Arbeitsverhältnis vor der Geburt des Kindes mindestens zwei Jahre, so hat der Angestellte während des gesamten Vaterschaftsurlaubs Anspruch auf 100 Prozent des Grundlohns. Andernfalls besteht Anspruch auf die Vaterschaftsentschädigung gemäss dem Bundesgesetz über den Erwerbsersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (Erwerbsersatzgesetz).</del></p>	
	<p><b>2. Der Erlass GDB <u>410.12</u> (Verordnung über das Anstellungsverhältnis der Lehrpersonen [Lehrpersonenverordnung, LPV] vom 25. April 2008) (Stand 1. Januar 2024) wird wie folgt geändert:</b></p>	
<p><b>Art. 4</b> Beruflicher Auftrag der Lehrpersonen</p> <p><sup>1</sup> Der berufliche Auftrag der Lehrpersonen umfasst die Auftragsfelder Unterricht, Schülerinnen und Schüler bzw. Studierende, Schule und Lehrperson.</p> <p><sup>2</sup> Die Lehrpersonen arbeiten mit den Erziehungsberechtigten und weiteren an der Schule Beteiligten zusammen.</p>		

<sup>4</sup>) SR 834.1

Geltendes Recht	Vernehmlassungsvorlage des Regierungsrats vom 27. Februar 2024	Notizen
<p><sup>3</sup> Die prozentuale Verteilung der Jahresarbeitszeit gemäss Art. 10 dieser Verordnung auf die Auftragsfelder der Volksschullehrpersonen gilt wie folgt: Unterricht ca. 87,5% (ca. 1670 Stunden), Schülerinnen und Schüler bzw. Studierende ca. 5% (ca. 95 Stunden), Schule ca. 5% (ca. 95 Stunden), Lehrperson ca. 2,5% (ca. 48 Stunden).</p> <p><sup>4</sup> Der berufliche Auftrag gilt im Grundsatz für Vollzeit und Teilzeit arbeitende Lehrpersonen. Teilzeit arbeitende Lehrpersonen erfüllen die einzelnen Auftragsfelder anteilmässig und/oder im Rahmen von Sonderregelungen, die mit der Anstellungsinstanz getroffen werden.</p> <p><sup>5</sup> Der berufliche Auftrag gilt im Grundsatz für die Lehrpersonen aller Stufen. Er kann vom Bildungs- und Kulturdepartement in einem Reglement stufenspezifisch in den einzelnen Auftragsfeldern ergänzt werden. Für die Lehrpersonen der kantonalen Schulen gilt die Verteilung gemäss Absatz 3 sinngemäss.</p> <p><sup>6</sup> Die Lehrpersonen sind hinsichtlich der korrekten Umsetzung des beruflichen Auftrags dem Rektorat bzw. der Schulleitung gegenüber zur Rechenschaftslegung verpflichtet.</p> <p><sup>7</sup> Das Rektorat bzw. die Schulleitung überprüft die Erfüllung des beruflichen Auftrags.</p> <p><sup>8</sup> Aufgaben, insbesondere im Rahmen des Schulbetriebs- und Schulentwicklungspools gemäss Art. 31 dieser Verordnung, die über den beruflichen Auftrag mit den vier Auftragsfeldern im Sinne von Art. 5 bis 8 dieser Verordnung hinausgehen, vereinbart das Rektorat bzw. die Schulleitung mit der Lehrperson im gegenseitigen Einverständnis.</p>	<p><sup>3</sup> Die prozentuale Verteilung der Jahresarbeitszeit gemäss Art. 10 dieser Verordnung auf die Auftragsfelder der Volksschullehrpersonen gilt wie folgt: Unterricht ca. 87,5% (ca. <del>1670</del><u>1632</u> Stunden), Schülerinnen und Schüler bzw. Studierende ca. 5% (ca. <del>95</del><u>93</u> Stunden), Schule ca. 5% (ca. <del>95</del><u>93</u> Stunden), Lehrperson ca. 2,5% (ca. <del>48</del><u>47</u> Stunden).</p>	

Geltendes Recht	Vernehmlassungsvorlage des Regierungsrats vom 27. Februar 2024	Notizen
<p><sup>9</sup> Lehrpersonen sind verpflichtet, den Unterricht nach anerkannten methodischen und didaktischen Grundsätzen durchzuführen und die ihnen anvertrauten Schülerinnen und Schüler bzw. Studierenden ihren Fähigkeiten entsprechend zu fördern und zu fordern und ihnen mit Wertschätzung zu begegnen.</p>		
<p><b>Art. 10</b> Arbeitszeit</p> <p><sup>1</sup> Die Arbeitszeit beträgt bei einem Vollpensum 1907 effektive Arbeitsstunden pro Jahr und umfasst den gesamten beruflichen Auftrag der Lehrperson gemäss Art. 4 bis 8 dieser Verordnung. Sie wird im Rahmen eines Jahresarbeitszeitmodells und aufgeteilt auf die vier Auftragsfelder geleistet.</p> <p><sup>2</sup> Das Rektorat beziehungsweise die Schulleitung kann verlangen, dass die Lehrpersonen während der unterrichtsfreien Zeit im Umfang von 10% der Nettoarbeitszeit (ca. 190 Stunden bei einem Vollpensum) im Schulhaus anwesend sind. Dabei dürfen maximal 10 Arbeitstage in den Schulferien angesetzt werden (ca. 80 Stunden bei einem Vollpensum).</p>	<p><sup>1</sup> Die Arbeitszeit beträgt bei einem Vollpensum <del>1907</del> <u>1865</u> effektive <del>Arbeitsstunden</del> <u>Arbeitsstunden</u> pro Jahr und umfasst den gesamten beruflichen Auftrag der Lehrperson gemäss Art. 4 bis 8 dieser Verordnung. Sie wird im Rahmen eines Jahresarbeitszeitmodells und aufgeteilt auf die vier Auftragsfelder geleistet.</p>	
	<b>III.</b>	
	<i>Keine Fremdaufhebungen.</i>	
	<b>IV.</b>	
	Dieser Nachtrag tritt am 1. Januar 2025 in Kraft. Er untersteht dem fakultativen Referendum.	
	Sarnen, ...  In Namen des Kantonsrats Der Ratspräsident: Der Ratssekretär:	